entgeltlich abtreten lasse, und verweist schließlich auf Beispiele bez. anderer Parcellirungen im südlichen Bebauungsplan, wo die Stadt, um wieder wichtige gesundheitliche Interessen, wie sie hier vorliegen, zu wahren, erhebliche Opfer gebracht habe.

Herr Viervorsteher Dr. Zenker bemerkt, er habe auf Anfrage des Herrn Dr. Jerusalem in der betr. Ausschußsitzung vor Eintritt in die Berathung erklärt, daß er die Verantwortung dafür, daß der Verfassungsausschuß nicht beschlußfähig war, übernehme. Diese Verantwortung konnte er nach den bisherigen Gepflogenheiten übernehmen. Fünf Mitglieder des Verfassungsausschusses waren zugegen. Einem weiteren rechtskundigen Mitgliede des Verfassungsausschusses ist die Sache nachträglich vorgelegt worden, und habe dieses dem Majoritätsvotum sich angeschlossen. Die weitere vom Herrn Referenten mitgetheilte Erklärung habe er nur persönlich, nicht für den Verfassungsausschuß abgegeben, obwohl das Gegentheil allerdings im Ausschußprotokolle stehe.

Was die Frage anlangt, ob man berechtigt sei, den Plan abzulehnen, so möchte er die Gegenfrage aufwerfen, ob ein Privater Anspruch darauf habe, daß sein Plan genehmigt werden müsse. Im Uebrigen seien andere Pläne, so viel er sich erinnere, doch abgelehnt worden und bei dem früheren Projecte der Frau Berns habe Herr Oberbürgermeister selbst dem Collegium, da dem letzteren das Project nicht convenirte, die Ablehnung des Projectes (anstatt die Aufstellung eines Gegenprojectes) anheim gegeben.

Für seine Abstimmung im Ausschuß, die übrigens auch schon gegen das frühere Project ging, waren die Gutachten der sachverständigen Ausschußmitglieder maßgebend, er habe das Bedenken gehabt, daß sonst ein Zustand geschaffen würde, ähnlich wie am Cyrenal'schen Grundstück an der Querstraße.

Herr Referent entgegnet, daß er sich genau des Vorgangs in der Ausschußsitzung erinnere. Der Verfassungsausschuß war legal geladen, aber nicht in der zu seiner Beschlußfähigkeit erforderlichen Mitgliederzahl erschienen. Herr Viervorsteher Dr. Zenker habe nicht nur die Verantwortung deshalb übernommen, sondern auch die weitere von ihm vorhin mitgetheilte Erklärung Namens des Ausschusses abgegeben. Er, Herr Referent, sei also bei dieser Sachlage jetzt gegen die vom Herrn Vorsteher gebrachten Einwände gedeckt.

Herr Roßbach hat zwar in den Ausschüssen der Minorität angehört, findet aber das Project weder für gesundheitlich besser, noch für architektonisch schön, legt letzteres näher dar, bestreitet, daß die Anlage durch das Liegenlassen des schmalen Gartenareales wirklich, wie Frau Berns behaupte, den Charakter eines Square erhalten würde, hob namentlich auch hervor, einen wie unschönen Eindruck es machen würde, wenn der Garten z. B. zum Wäschetrocknen benutzt werden würde, bat die Vorlage abzulehnen, und ersuchte noch um Auskunft, ob man verpflichtet sei, alle solche von Privaten ausgeführte Straßen nach regulativmäßiger Herstellung zu übernehmen, wogegen er auf das Beispiel der Straße am Friedrich'schen Grundstücke am Floßplatz hinwies.

Herr Stadtrath Dr. Wangemann entgegnet, die Frage nach der architektonischen Schönheit könne für die Behörde, wenn es sich darum handele, ob ein Parcellirungsplan genehmigt werden solle, nicht in Betracht kommen. Er legt die bez. Bestimmungen näher dar, und beantwortet die Schlußfrage des Herrn Roßbach dahin, daß genehmigte Straßen nach regulativmäßiger Herstellung allerdings übernommen werden müssen, während bei der Straße an dem Friedrich'schen Grundstück die Genehmigung s. Z. versagt worden sei. Auch hier könne man sie versagen, und er glaube nicht, daß in der Berufsinstanz von Frau Berns ein anderes Resultat erzielt werden würde, weil die Gemeinde wider ihren Willen auf bloßes Verlangen von Privaten nicht genöthigt werden könne, ein Ortsstatut aufzustellen. Lehne man aber das Project ab, so werde damit jedes Mittel aus der Hand gegeben, auf einheitliche Bebauung der Höfe und überhaupt auf eine günstige Bebauung des Terrains hinzuwirken.

Herr Referent macht auf die Verschiedenheit der Ansichten des Herrn Vorsitzenden und des Herrn Stadtrath Dr. Wangemann bezüglich der Berechtigung zur Ablehnung des Planes und der Uebernahme der Straßen aufmerksam.

Ein von Herrn Professor Dr. Richter gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wird nicht ausreichend unterstützt.

Herr Vorsteher Justizrath Dr. Schill bemerkt, daß er nicht gesagt habe, man sei überhaupt nicht berechtigt, den Plan abzulehnen, sondern er habe nur bezweifelt, ob man mit Erfolg ablehnen könne. Genehmige man den Plan, so müsse man die regulativmäßig hergestellten Straßen dann übernehmen. Nun könne man dem Plane allerdings die Genehmigung versagen, dann könne aber Frau Berns nicht gezwungen werden, besser zu bauen als nach den landesgesetzlichen Vorschriften, und dies würde jedenfalls ein viel ungünstigeres Resultat sein.

Herr Roßbach bemerkt, daß er in seinen vorigen Ausführungen ausdrücklich gesagt habe, er habe sich in dieser Sache nicht von Schönheitsrücksichten leiten lassen; im Uebrigen glaube er aber, daß sich praktisch im Falle der Annahme des Ausschußantrags die Sache so stellen werde, daß Frau Berns das Project ohne die Villa ausführen werde.

Er bitte daher nochmals, den Ausschußantrag anzunehmen.

Herr Referent bemerkt, daß jedenfalls dem Collegium eine definitive Ablehnung des gegenwärtigen Planes zustehe.

Der Ausschußantrag wird mit 27 gegen 21 Stimmen abgelehnt und die Rathsvorlage einstimmig angenommen.

Herr Schreiber referirt für den Oekonomie- und Finanzausschuß über:

Erbauung eines neuen Forsthauses für das Burgauer Forstrevier auf der städtischen Waldparcelle Nr. 203 des Flurbuchs für Leutzsch, östlich des Leutzsch-Wahrener Weges und nördlich der Thüringischen Eisenbahn mit einem Kostenaufwande von 31,760 ℳ a conto Stammvermögen.

Die Ausschüsse beantragen:

Zustimmung zur Rathsvorlage.

Dieser Antrag wird — wie der Herr Referent bemerkt — gestellt, nachdem der Herr Subreferent der Ausschüsse die Pläne und Kostenanschläge geprüft und dagegen nichts einzuwenden hatte.

Der Ausschußantrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt Bericht des Herrn Jähndrich für den Schulausschuß über die Beschlüsse des Rathes:

1) den Gehalt der bisherigen letzten oder 17. (eigentlich 18.) Oberlehrerstelle an der Realschule auf jährlich 2100 ℳ zu erhöhen,
2) zwei neue ständige oder Oberlehrerstellen (die 19. und 20.) mit dem Jahresgehalt von je 2000 ℳ zu begründen,
3) eine vierte Hilfslehrerstelle mit dem Jahresgehalte von 1800 ℳ zu errichten, und
4) die Pos. 31 des diesjährigen Budgets der Realschule von 900 ℳ auf 3800 ℳ zu erhöhen,

Der Ausschuß beantragt:

1) an den Rath die Anfrage zu richten, ob es nicht möglich sei, durch eine andere Vertheilung der Schüler auf die einzelnen Classen eine 5. und 4. Classe und damit einige Lehrkräfte zu ersparen;
2) bis zur Erledigung dieser Anfrage die Beschlußfassung über die Vorlage auszusetzen.

Herr Referent bemerkt nach Verlesung der Rathsvorlage: dieselbe sei etwas spät eingegangen, da sich wohl schon nach der ersten Aufnahmeprüfung der Zuwachs ungefähr übersehen ließ, auch schien die beabsichtigte Gewinnung von fünf Lehrkräften nicht genügend begründet. Der Mehrbetrag des Zuwachses von 65 Schülern gegenüber der Zahl der Abgegangenen dürfte kaum die Begründung von 4 Classen in dem alten Schulgebäude nöthig machen. Es hänge dies mit der Verlegung mehrerer Classen in die 6. Bürgerschule zusammen.

Nach privaten Erkundigungen habe die dorthin verlegte VI. Classe 32, die V. 24 und die IV. Classe 15 Schüler. Bei dieser Sachlage glaubte man, daß entweder die Schülerzahl von Parallelclassen im Stammhause verstärkt, oder mehr Schüler in die Classen eingestellt wären, die sich in der 6. Bürgerschule befinden. Man gelange daher zu der Anfrage, ob es nicht möglich sei, eine V. und IV. Classe und damit einige Lehrkräfte zu ersparen.

Daraus erklären sich die Ausschußanträge.

Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi theilt — ohne das Collegium von Annahme des Antrags 1 abhalten zu wollen, mit — daß nach einer ihm heute gewordenen Mittheilung des Herrn Professor Walz nur noch etwa 11 Schüler der Quarten ohne Einvernehmen mit den Eltern in die betr. Classen in der 6. Bürgerschule eingestellt werden könnten, dagegen eine Verminderung der Quarten in der Hauptanstalt auf nur drei eine Erhöhung der Schülerzahl von 40 in jeder dieser drei Classen herbeiführen würde, was für den Unterricht sehr mißlich sei; es werde nur noch zu erörtern sein, ob wirklich nicht mehr als 11 Schüler der Quarten an die in die 6. Bürgerschule verlegten Classen abgegeben werden können.

Herr Referent giebt zu, daß es weniger angenehm sei, 40 Schüler pro Classe zu haben, dennoch übersteige dies nicht die gesetzlich zulässige Höchstziffer, und es werde überdies doch vielleicht noch möglich sein, mehr als 11 Schüler der Quarten an die verlegten Classen abzugeben.

Die Ausschußanträge werden einstimmig angenommen.

Hierauf referirt Herr Landgerichtsdirector Bartsch für den Verfassungsausschuß über:

die Vorlage, betreffend den Rathsbeschluß: den größeren Theil der Zinsen von dem in den Besitz der Stadt übergegangenen Vermögen der aufgelösten Tuchhändler-Innung zu Leipzig im Betrage von 9450 ℳ zur Bezahlung von Schulgeld für Schüler der Leipziger Handelsschule und zwar in erster Linie für Leipziger zu verwenden, den Rest der Zinsen aber und zwar etwa 10 Proc. zu capitalisiren,

indem er Namens des Ausschusses beantragt:

dem Rathe zu erklären, daß man der Capitalisirung von 10 Proc. der jährlichen Zinsen und zukünftigen Verwendung der hierdurch erhöhten Zinsen zu gewerblichen Zwecken zustimme, dagegen die Zustimmung dazu, daß 90 Proc. der jährlichen Zinsen zur Bezahlung von Schulgeld für Schüler der Leipziger Handelsschule verwendet werden, ablehne, vielmehr dem Rathe anheimgebe, die fraglichen Zinsbeträge zur Schaffung von Freistellen an der Gewerbeschule oder einer gewerblichen Fachschule zu verwenden.

Die früheren Handelsinnungen würden — wie der Herr Referent bemerkt — weder in dem System des Handelsgesetzbuches, noch der Gewerbe-Ordnung Raum finden.

Wenn nun vorgeschrieben sei, daß solche Vermögensbestände für gewerbliche Zwecke, d. h. für solche, die mit dem System der Gewerbe-Ordnung in Zusammenhang stehen, verwendet werden sollen, so hielt man deren Verwendung für Freistellen an der Handelsschule nicht für zulässig, wogegen durch Verwendung der Zinsen für Gewerbeschule und bez. für eine gewerbliche Fachschule allerdings jungen Leuten des Gewerbestandes ein großer Vortheil geschaffen werden könne.

Herr Herrmann bedauert, daß dem Antrage des Rathes nicht entsprochen werden könne, und bittet den Rath um Auskunft über die Gründe, aus denen er zu seinem Beschlusse gelangt sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi erwidert, daß der Decernent in der Sache nicht zugegen sei, dagegen er selbst nicht Zeit gefunden habe, sich über die Sache näher zu informiren.

Herr Referent bemerkt, daß die Frage allerdings vom Verfassungsausschuß so, wie er in seinem Referate dargelegt habe, entschieden werde, daß man aber zugebe, es lasse sich darüber discutiren.

Herr Herrmann erklärt, wenn die Frage zweifelhaft sei, so bitte er, doch die Entschließung auszusetzen, anderenfalls ersuche er den Rath, die Sache nochmals zu prüfen und eventuell darauf zurückzukommen.

Das Princip sei doch immer gewesen, solche Vermögensbestände den Kreisen wieder zuzuführen, aus welchen sie herrühren.

Die Handelsschule würde die Zuwendung sehr wohl brauchen können, zumal künftig auch ihre Bedürfnisse wachsen werden, der Staatsbeitrag aber in Wegfall komme.

Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi glaubt, daß der Begriff „gewerbliche Zwecke" hier in weiterem Sinne zu verstehen und daher der Rathsbeschluß gerechtfertigt sein dürfte.

Herr Referent kann auf die angeregte Frage, ob die Tuchhändler-Innung aus kaufmännischen oder gewerblichen Kreisen hervorgegangen sei, Auskunft nicht ertheilen; es sei aber auch gar nicht Sache des Verfassungsausschusses, sich darüber zu informiren. Dagegen sei wesentlich, daß der Rath selbst die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auf den vorliegenden Fall für maßgebend bezeichnet habe.

Herr Oehler bemerkt, daß die Gewerbeschule und die mit ihr verbundenen gewerblichen Fachschulen erst recht eine solche Unterstützung brauchen können.

Herr Dr. Jerusalem beantragt mit Bezugnahme darauf, daß der Herr Referent über die historische Seite der Sache — was allerdings auch von demselben nicht zu verlangen — nicht genügend informirt sei, daß ferner der Herr Rathsdecernent nicht anwesend und daß — was ihm, Herrn Redner, seit den 6½ Jahren, seitdem er Stadtverordneter sei, allerdings noch in keiner Sache vorgekommen — auch der Herr Oberbürgermeister nicht näher informirt sei:

die Beschlußfassung für heute auszusetzen, die Sache auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung zu bringen und den Rath zu ersuchen, daß der betreffende Herr Decernent in dieser Sitzung mit der nothwendigen Information erscheint.

Dieser Antrag wird unterstützt und einstimmig angenommen.

Herr Landgerichtsdirector Bartsch berichtet als bestellter Referent über die zur unmittelbaren Plenarverhandlung verwiesene Vorlage, betreffend:

Abänderung des Stadtgemeindebezirks durch Einflurung von 4,6 Ar Areal der Flur Mockau

und beantragt:

der Rathsvorlage zuzustimmen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen und die öffentliche Sitzung geschlossen.

Jahresfeier der Evangelisch-Lutherischen Mission zu Leipzig.

I.

* Leipzig, 1. Juni. Zu dem heute Vormittag in der Kirche zu St. Nicolai abgehaltenen Missionsgottesdienst, mit welchem zugleich die feierliche Handlung der Abordnung von vier Missionscandidaten verbunden war, hatte sich eine so große Anzahl von Freunden der Mission eingefunden, daß der Altarplatz und das Schiff der Kirche dichtgedrängt besetzt waren. Nach dem Gesange zweier Choräle, dem Gebete des Geistlichen und Verlesung der Bibelstelle Jesaias Capitel 42, Vers 1 bis 8, in welcher die Aussendung von Boten zur Bekehrung der Heiden behandelt wird, hielt Herr Hof- und Domprediger Bichmann aus Braunschweig die Predigt über den Bibelvers: „Wir können es ja nicht lassen, daß wir nicht reden sollen, was wir gesehen und gehöret haben", Apostelgeschichte Cap. 4, V. 20, hierbei in tiefergreifender Weise die hohe Wichtigkeit und den Werth der Mission, sowie die schweren Pflichten der unter die Heiden entsendeten Boten beleuchtend. Es schloß sich hieran der Gesang des Chorales: „Dein Wort, o Herr, laß allweg sein die Leuchte unsern Füßen." Demnächst bestieg Herr Director Dr. Hardeland die Kanzel und gab ein Bild über die Thätigkeit der Mission im verflossenen Jahre. Hervorzuheben ist aus diesem Jahresberichte, daß innerhalb der Mission mancherlei Wechsel und Wandel vorgegangen ist. Eine Anzahl langjährig bewährter und treuer Brüder sind theils durch den Tod, theils durch eintretende Altersschwäche ausgeschieden und durch jüngere Kräfte ersetzt worden. An der Ostküste von Vorderindien, dem Gebiete der Thätigkeit unserer Mission, bestehen zur Zeit 23 Hauptstationen mit 564 dazu gehörigen Ortschaften, in welchen 22 europäische Missionare und 12 eingeborene Landprediger wirken. Ferner gehören der Mission 6 eingeborene Candidaten der Theologie, 56 Katecheten und 131 andere Missionsdiener an. Getauft wurden im letzten Jahre 540 Heiden und 455 Christenkinder, ferner 99 aus anderen christlichen Confessionen aufgenommen. Gestorben sind 298 und die Gesammtseelenzahl der dort wohnenden Christen beträgt 14,014. An den dort bestehenden 149 Schulen unterrichten 241 Lehrer zusammen 3653 Schüler, von denen 1904 lutherisch und 1468 Nichtchristen sind. Der Cassenabschluß der Mission im verflossenen Jahre weist mit einem Bestande von 41,277 ℳ eine Einnahme von 343,886 ℳ auf. Die Ausgabe betrug 300,385 ℳ, so daß für das neue Jahr ein Bestand von 43,601 ℳ verbleibt. Doch ist in den nächsten Wochen für Reisegeld nach Indien eine Ausgabe von gegen 20,000 ℳ zu erwarten. Nach dem Vortrage des Jahresberichtes wurde das Lied: „Ach bleib mit deiner Gnade" gesungen, worauf die überaus feierliche und tiefergreifende Handlung der Abordnung der vier Missionscandidaten Gerell, Näther, Rüger und Wenner durch Herrn Pastor Dr. Hölscher vorgenommen wurde. Kurz nach 12 Uhr fand der Gottesdienst in der üblichen Weise seinen Abschluß und um 1 Uhr versammelten sich die Missionsfreunde zu einem gemeinschaftlichen Mittagsessen in der Centralhalle. Hieran schloß sich um 4 Uhr die Generalversammlung der Abgeordneten im Saale des Missionshauses, bei welcher nur interne Angelegenheiten verhandelt wurden.

27. Allgemeine deutsche Lehrerversammlung.

G. Gotha, 1. Juni. Die 2. Hauptversammlung wurde mit einem Festgesange, gedichtet von Dr. Kehr, eröffnet. Hierauf wurde bekannt gegeben, daß Herr Lehrer Leißner aus Leipzig sein Buch: „Studium über die Einheit der Bildung" der Lehrerversammlung gewidmet habe. Sodann erhielt Herr Pfarrer Bähring-Mirfeld das Wort zu seinem Vortrage: „Der Weg zur Verständigung zwischen Schule und Kirche". Fröbel's, seines Lehrers, Grundsatz sei der Satz gewesen: „Ich bin ein christlicher Mensch!" Das Christenthum müsse sich in der rechten Humanität bethätigen; der heiße Streit über Dogmen müsse unterbleiben. Die Hauptidee der Fröbel'schen Lehren sei das Gesetz der Vermittelung. Der Kampf sei zwar auf allen Gebieten nothwendig; doch solle er das Leben nicht zerstören, sondern die rechte Lebenseinigkeit zwischen diesen Gebieten herstellen. Fröbel sei mehr ein genialer Kopf als ein wissenschaftlicher Denker gewesen. Viele seiner Theorien seien für das praktische Leben unbrauchbar. Auch hier mache sich eine Vermittelung — am besten auf wissenschaftlichem Wege — nothwendig. Der Herr Vortragende empfahl bei dieser Gelegenheit die Werke seines Freundes, des Philosophen Frohschammer, der seine Schriften voll und ganz der Gegenwart angepaßt habe. Die Kirche sei eine bedeutende Culturmacht; sie müsse sich mit den Weltmächten auseinanderzusetzen suchen. Ihr Gebiet sei im Wesentlichen das der Phantasie; es liege jedoch darin die Idee der Wahrheit, und darum sei eine Einigkeit mit den Weltmächten wohl möglich. Wir Alle müssen uns bewußt werden, daß wir Mitarbeiter an der höchsten Lebensaufgabe seien, nämlich die Wahrheit zur Erkenntniß zu bringen. Die Wahrheit sei in uns, aber auch außer uns und über uns; die ewige Macht in der Welt, Gott, sei die Wahrheit. Kirche und Schule sollten die Wahrheit zu Ehren bringen. Die Kirche habe das Wort Christi zu verkündigen, die Schule müsse auch weltliche Kenntnisse ausbreiten. Je mehr Wahrheit darin enthalten sei, desto mehr trete die Schule in Uebereinstimmung mit der Kirche. Was die Theologie als Wissenschaft erarbeitet, das müsse ins Volk bringen. Doch habe das ohne Beeinflussung der Theologen zu geschehen und müsse mit den Resultaten der Wissenschaft in Einklang stehen. So lange sich theologischer Eifer einmische, könne eine Verständigung nicht zustande kommen. Würde die Schule von demselben befreit, so müßten beide, Kirche und Schule, gewinnen. Der Vortragende gedachte auch der Jugenderziehung bei der Heidenbekehrung und wünschte, daß dieselbe in Verbindung mit dem Culturstaat gebracht werde.

Herr Bähring erntete für seinen Vortrag, der von hoher Begeisterung und Freisinn durchweht war, den stürmischen Beifall der dichtgedrängten Versammlung. Von einer Debatte wurde abgesehen, damit der gute Eindruck des Vortrags nicht beeinträchtigt werde. Hierauf erhielt Lehrer Germer-Leipzig das Wort zu seinen Mittheilungen über die Angelegenheit des Kehr-Denkmals. Die Versammlung erklärte mit Beifall, nach besten Kräften in den Lehrer-Vereinen für die gute Sache weiter wirken zu wollen.

Nachdem zum nächsten Versammlungsort Augsburg bestimmt und der jetzige Vorstand wiedergewählt war, wurde beschlossen, daß auf jeder künftigen allgemeinen deutschen Lehrerversammlung ein Bericht über die Monumenta paedagogica Germaniae, sowie über die Comeniusstiftung in Leipzig entgegengenommen und bezüglich der letzteren eine Petition an den deutschen Reichskanzler, um Unterstützung der Anstalt aus Reichsmitteln gerichtet werden solle.

Hierauf sprach Herr Kahl-Gießen über das Thema: „Sind die öffentlichen Schulprüfungen abzuschaffen oder beizubehalten?" Der Herr Vortragende gab zu, daß die öffentlichen Schulprüfungen wohl eine altehrwürdige Einrichtung seien und daß dieselben zu der Zeit, da man noch Corporale als Schulhalter hatte, nothwendig gewesen wären. Allein bei dem jetzigen Stande des Schulwesens seien solche Veranstaltungen überflüssig, sogar schädlich. Man veranlasse manche Eltern zu einer ungerechten oder falschen Kritik, verfalle wohl auch in das Paradewesen. Man solle nicht glauben, daß der Schüler angesichts der Prüfung zu größerem Streben angespornt werde; Censur und Versetzung seien ja von derselben nicht abhängig. Festtage seien im Schulleben wohl berechtigt; allein eine Prüfung dürfe dazu nicht benutzt werden, es möchte sonst ein Putztag entstehen und bei Kindern Eitelkeit, bei Andern Neid erzeugt werden. Das Examen könne manchen Lehrer zum unwürdigen „Drillen und Einpauken" verleiten, nicht aber zu wahrhaft geistbildender Thätigkeit veranlassen. Oberflächliche Einprägung des Stoffes käme zur Hauptsache, das intensive Verständniß desselben aber zur Nebensache werden. Wer sich für die Schule interessire, möge sich mit der alltäglichen Arbeit des Lehrers bekannt machen, dem werde die bedeutende Schwierigkeit des Lehrerberufs besser einleuchten, als wenn ihm auf leichtem Wege fertige Resultate vorgeführt würden. Sowohl Lehrer als Schüler möchten sich einer möglichst günstigen Beurtheilung aussetzen; die Prüfung könne daher sogar sittlich schädigend auf Beide einwirken und sei deshalb aus den angeführten Gründen entschieden zu beseitigen. Um jedoch den Interessenten einen Einblick in die Schularbeit zu gestatten, dürfte sich die Oeffentlichkeit des Unterrichts an bestimmten Tagen des Semesters als zweckmäßig erweisen.

Es entspann sich über diesen Gegenstand eine äußerst lebhafte Debatte. Mehrere Redner betonten, daß der Referent in seinen Ausführungen Manches übertrieben habe. Namentlich nahmen Herr Dr. Kleinert und Oberschulrath Berthelt aus Dresden die sächsische Prüfungsordnung in Schutz. Herr Kahl hatte seine Gedanken in 2 Thesen zusammengefaßt. Beide wurden mit überwiegender Majorität angenommen, und damit war die Verwerfung der öffentlichen Schulprüfungen ausgesprochen.

Vermischtes.

— Berlin, 1. Juni. Se. Majestät der Kaiser ließ sich am heutigen Vormittage vom Grafen Perponcher Vortrag halten, empfing darauf den General v. Stiehle, sowie den aus Liegnitz hier eingetroffenen Commandeur des Königs-Grenadier-Regiments (2. Westpreußisches) Nr. 7, Oberstlieutenant von Bach. Mittags arbeitete der Kaiser längere Zeit mit dem Wirkl. Geh. Rath v. Wilmowski, hatte darauf eine Unterredung mit dem Geh. Hofrath Bork und unternahm später eine Spazierfahrt. Vorher hatte der Kaiser auch noch den bisherigen kaiserlich deutschen Gesandten in Kopenhagen, Legationsrath Stumm, empfangen und hierauf später auch noch Conferenzen mit dem Minister v. Puttkamer und dem Grafen Herbert Bismarck gehabt. — Wie die „Kieler Zeitung" „aus bester Quelle" erfährt, wird der Kaiser am 2. Juni Nachmittags 3 Uhr die Reise von Berlin via Hamburg nach Kiel antreten und in Begleitung des Prinzen Wilhelm voraussichtlich 9 Uhr 10 Min. in Kiel eintreffen. Im Gefolge des Kaisers werden sich befinden: General der Cavallerie Graf v. d. Goltz, General-Lieutenant von Albedyll, General-Lieutenant Graf von Lehndorff, General-Lieutenant General-Adjutant Fürst A. Radziwill, Oberhof- und Hausmarschall F. Graf von Perponcher-Sedlnitzky, Oberstallmeister von Rauch, Leibarzt Dr. Leuthold und Stabsarzt Dr. Tiemann, Geh. Hofrath Bork und Reisemarschall Kanzki. — Zur Sache wird noch der „Vossischen Zeitung" aus Kiel geschrieben:

Alle Hände rüsten sich zum Feste und alle Herzen gehen höher. Seit Pfingsten ist nun endlich die Frühlingssonne mit Macht zum Sieg gelangt. Kein Wölkchen zeigt sich am Himmel und fast spiegelblank liegt das tiefblaue Meer. Die östliche Windrichtung verspricht Andauer des heiteren Wetters und damit scheint auch der Besuch des Kaisers gesichert. Derselbe wird, wie gemeldet, am 2. Juni, Nachmittags 3 Uhr, Berlin verlassen und Abends 9 Uhr 10 Minuten in Kiel eintreffen. Die Rückreise erfolgt am nächsten Tage 4 Uhr 30 Minuten via Lübeck. Vom Bahnhofe bis zum Schlosse bilden Corporationen, Vereine, Gewerke u. s. w. Spalier. Auf dem Rathhausmarkt, der Holstenbrücke und vor dem Bahnhof hat man mit der Aufstellung von Mastbäumen begonnen. Das Hauptinteresse erregt der Festplatz in Holtenau, der gestern das Ziel einer wahren Völkerwanderung war. Er befindet sich auf einer kleinen Landzunge, die von der Mündung des schleswig-holsteinischen Canals und der Wiker Bucht begrenzt wird. Die räumlichen Verhältnisse sind so beschränkt, daß der Platz am Tage der Grundsteinlegung nur für die von der Canalbaucommission Geladenen und für die Besitzer von Zehnmarkkarten zu den Privattribünen geöffnet ist. Auch sind fast alle Straßen, die dahin führen, gesperrt. Das eigentliche Gerippe der Tribünen ist fertig, jetzt sind nur noch Bildhauer und Decorateure an der Arbeit. Den Mittelpunct der Kaisertribüne bildet das mit Mast und Takelage versehene Vordertheil eines mächtigen Eisenschiffes, welches als Gallionbild eine „Germania" führt. Unmittelbar vor dem Bug wird der Baldachin für den Kaiser und die Prinzen errichtet, einige Schritte davor ist die Stelle, wo die Grundsteinlegung erfolgt. Dem kaiserlichen Baldachin gegenüber befindet sich die Musiktribüne, auf der Musikdirector Stange bereits morgen mit seinen Schaaren eine Probe abhalten wird. Auch von auswärts wird fürstlicher Besuch zu dem Feste erwartet. Prinz Oscar von Schweden wird auf dem von ihm commandirten Kanonenboot „Edda" am 2. Juni in Kiel eintreffen. Unmittelbar nach dem Feste tritt die Segelfregatte „Niobe" ihre Reise nach England und Schottland an, die meisten Kriegsschiffe aber bleiben bis zum nächsten Sonntag, dem Tage der großen Marine-Regatta, in Kiel.

Aus Lübeck wird noch gemeldet:

Wie schon auf Grund einer Mittheilung des Senats telegraphisch gemeldet worden, wird der Kaiser nunmehr doch unsere alte und freie Hansestadt, und zwar auf der Rückfahrt von Kiel, den 3. Juni, Abends 6½ Uhr, berühren. Da jedoch auf der Reise jeder Aufenthalt vermieden werden soll, so ist von allen officiellen Begrüßungsfeierlichkeiten abgesehen worden. Die Bundesrathsmitglieder, die an der Feier in Holtenau theilnehmen wollen, treffen hier am Donnerstag, den 2. Juni, Mittags 1 Uhr, ein. Die Weiterfahrt ist auf 5¼ Uhr festgesetzt. Nach den bisher eingegangenen Zusagen darf angenommen werden, daß etwa hundert der eingeladenen Gäste hier eintreffen werden. Im Rathsweinkeller findet ein Gabelfrühstück statt, auf welches die Besichtigung der Marienkirche und des Rathhauses folgt.

— Hamburg, 1. Juni. Ueber die bereits telegraphisch erwähnte Feuersbrunst berichtet die „Hamburger Börsen-Halle" ausführlicher:

Eine gewaltige Feuersbrunst ist gestern Abend um etwa 9½ Uhr im Schuppen Nr. 18 am Hübener Quai zum Ausbruch gelangt und hat einen ganz beträchtlichen Theil der dort lagernden Güter sammt an der Brandstelle vertauten Schiffen zerstört oder beschädigt. Bis auf den Grund zerstört sind die, allerdings in ihren Raumverhältnissen zu den größten der vorhandenen zählenden Schuppen 18 und 19, und mit ihnen Millionen an Werth in Gestalt der in ihnen untergebrachten Kaufmannsgüter. An Dampfern, die an den niedergebrannten Schuppen vertäut waren, sind in Mitleidenschaft gezogen worden: „Gladiator" aus Liverpool, „City of Dortmund" aus Dublin und „Progreß" aus Goole. Am meisten vom Feuer mitgenommen und fast total ausgebrannt ist die „City of Dortmund", während „Progreß" am glücklichsten fortgekommen ist und verhältnißmäßig wenig gelitten hat. Eine ganze Reihe offener Güterwagen mit Waaren für die obengenannten in Ladung liegenden Schiffe ist vom Feuer verzehrt. Ebenso sind zwei an der Außenseite des Quais, am Schuppen 19 liegende Kasten-Schuten und zwei an der Innenseite liegende gleiche Fahrzeuge, von denen das eine mit Baumwolle beladene noch heute Morgen brannte, zerstört worden. Ein gleiches Schicksal ereilte auch einen mit Schwefel beladenen Oberländer Kahn, der erheblichen Schaden genommen hat, heute Morgen aber schon von der Brandstätte entfernt wurde. Das Feuer kam, soweit bis jetzt ermittelt werden konnte, durch Selbstentzündung der ex Dampfer „Anni" von New-Orleans gelöschten und in Schuppen 18 gelagerten Baumwolle zum Ausbruch. Unmittelbar vor dieser Stelle standen fünf beladene Eisenbahngüterwagen, auf welche behufs Raumersparniß Strohballen gepackt waren, die einen Theil der für den Dampfer „Progreß" bestimmten Ladung ausmachten. Diese Strohballen wurden zunächst von den Flammen erfaßt und sodann die Eisenbahnwagen mit ihrem gesammten Inhalt zerstört. An anderer Stelle stehende vollbeladene 20 Güterwagen sind sammt ihrem werthvollen Inhalte gleichfalls vollständig zerstört.

Leider ist auch der Verlust einiger Menschenleben bei der Feuersbrunst zu beklagen. Der Ewerführer einer der oben erwähnten Kastenschuten, welche vom Feuer mit erfaßt wurden, sprang, um dem verheerenden Elemente zu entfliehen, nebst seiner Frau und einem Kinde in die Elbe, und gelang es leider nur, den Mann lebend aus dem Wasser herauszuziehen, während Frau und Kind in demselben einen jämmerlichen Tod fanden. Die Leiche der Frau ist bereits heute Morgen aufgefischt, während man diejenige des Kindes bisher vergebens suchte. Außerdem erlitt noch der erste Ingenieur des Dampfers „City of Dortmund", Mr. Coller, so erhebliche Verletzungen, daß er ins Krankenhaus transportirt werden mußte. — Im Weiteren wurde einer der Matrosen des Dampfers „Gladiator" so erheblich durch die Flammen verletzt, daß er schwere Brandwunden an Händen und Gesicht davongetragen hat und in sein Logis geschafft werden mußte. Auch einer der Feuerwehrleute fiel bei Ausübung seiner Berufsthätigkeit ins Wasser, konnte aber sofort wieder herausgezogen werden. Sämmtliche Züge der Feuerwehr waren alsbald nach Ausbruch des Brandes zur Stelle und bemühten sich in Gemeinschaft mit den Hafenspritzen und den herbeigeschafften, von der früheren Hamburgischen Löschmannschaft bedienten Spritzen, die Flammen zu bekämpfen. Trotz der gemeinsamen Anstrengungen fühlte man sich aber erst gegen 1 Uhr Morgens Herr der Gefahr, und es mußte nicht allein noch immer beständig nachgelöscht werden, sondern die Feuerwehr hat auch noch gegenwärtig ihren Dienst nicht einstellen können.

Der an Schuppen 18 liegende Dampfer „Anni" war gestern Abend 6 Uhr mit Löschen fertig und wollte liegen bleiben, erhielt aber den Befehl, den Platz zu räumen, so daß er auf diese Weise von der Gefahr verschont blieb. Die Ladung des ausgebrannten Dampfers „Progreß" ist zum Theil durch Feuer und Wasser beschädigt. Dampfer „Unity", von Goole einkommend, hatte seine Stückgutladung am Quai gelöscht und war dann auf den Strom geschleppt worden. Das Schiff ist mehr oder weniger beschädigt, die Ladung vollständig durch Flammen zerstört. Der nach Oporto bestimmte Dampfer „Gladiator" ist schwer beschädigt, ebenso wie die einkommende „City of Dortmund", welche eine Erz- und Oelladung gebracht hatte, die noch im Schiff befindlich ist und beträchtlich gelitten hat. Aus dem „Gladiator" gelöschte und im Schuppen gelagerte 300 Kisten und 500 Fässer Wein sind sämmtlich verbrannt. Die Umgebungen der Quai-Anlagen — das Betreten dieser letzteren von Unbefugten ist übrigens vorläufig verboten — bildeten heute während des ganzen Tages das Ziel zahlloser Spaziergänger, und die in Betracht kommenden Stellen der Quais bieten mit ihren vielen verglühten und verbogenen Krähnen sowie der beschädigten Maschinen derselben einen betrübenden Anblick. Der Schaden wird auf Millionen geschätzt, über die thatsächliche Höhe desselben läßt sich vorläufig Bestimmtes noch nicht sagen. Ebenso wenig ist über die Betheiligung der hiesigen und der hier am Platze vertretenen Assecuranzgesellschaften zu melden, die Seeversicherungsgesellschaften haben meistentheils außerordentlich gezeichnet und dann bei den Feuerversicherungsgesellschaften Rückdeckung gesucht. Daß sich aus dieser Sachlage zahlreiche und erhebliche Meinungsverschiedenheiten ergeben werden, ist selbstverständlich. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß sich die Schleppdampfer der Herren Petersen und Alpers durch Bergung von Leichtern und Schuten ganz besonders ausgezeichnet und somit zur Rettung werthvollen Eigenthums in anerkennenswerther Weise beigetragen haben.

— Aachen, 31. Mai. Vor einiger Zeit hatten die hiesigen Taubengesellschaften beschlossen, die Wettflüge nicht mehr wie bisher von Frankreich, sondern von deutschem oder belgischem Gebiet aus zu veranstalten; vier Gesellschaften hatten sich dieser Vereinbarung nicht angeschlossen, sondern beabsichtigten nach wie vor, die Tauben von französischem Boden auszulassen. Ein solcher Wettflug sollte am Sonntag von einem nicht weit von Paris gelegenen Orte aus stattfinden, die Tauben waren schon am Tage vorher dorthin geschafft worden und die Augen der Liebhaber richteten sich vorgestern erwartungsvoll zum Himmel, um die beschwingten Boten heranflattern zu sehen. Aber keine Taube erschien. Am Nachmittage endlich traf an Stelle der Tauben eine Depesche des zum Auslassen Beauftragten ein, mit der Nachricht, der Maire des Ortes habe das Auflassen untersagt. Nun herrscht große Besorgniß bei den Taubenbesitzern, sie würden ihre Lieblinge überhaupt nicht mehr wiedererhalten. Der Fall sollte ihnen aber zur Lehre dienen, auf die Liebenswürdigkeit der Franzosen nicht mehr allzu sehr zu bauen.

— München, 1. Juni. Die „Allgemeine Zeitung" schreibt über den kürzlich in Folge Selbstmordes verschiedenen Professor Moritz Wagner:

Erst heute Abend geht uns von befreundeter Seite die tiefbetrübende Kunde zu, daß unser langjähriger hochgeschätzter Mitarbeiter, Herr Professor Dr. Moritz Wagner, Conservator der ethnographischen Sammlung des bayerischen Staates, gestern Vormittag 10 Uhr seinen langen qualvollen Leiden ein freiwilliges Ziel gesetzt hat. Die verspätete Kunde von dem Hinscheiden des hervorragenden Gelehrten und vortrefflichen Menschen mag darin ihren Grund haben, daß der Verstorbene sich in einem hinterlassenen Schreiben wie jede officielle Leichenfeier, so auch jede gedruckte Todesanzeige verbeten hatte. Selbstverständlich werden wir dem verdienten Reisenden, der fast ein halbes Jahrhundert lang in den innigsten Beziehungen zur „Allgemeinen Zeitung" gestanden und in derselben so manche reife Frucht seiner Forschungen und Studien niedergelegt hat, einen ausführlichen Nekrolog widmen; für heute müssen wir uns darauf beschränken, die wichtigsten Momente seines äußeren Lebensganges und seiner schriftstellerischen Thätigkeit hier kurz zu verzeichnen. Moritz Wagner, am 3. October 1813 zu Bayreuth geboren, widmete sich nach vollendeten Gymnasialstudien dem Kaufmannsstand und kam in ein Handelshaus nach Marseille, von wo aus er Algier besuchte. Die hierdurch geweckte Reiselust führte ihn zu dem Entschlusse, sich zu Erlangen den naturhistorischen Studien zu widmen, namentlich den zoologischen. Sodann ging er nach Paris und von hier aus 1836 wieder nach Algier, wo er zwei Jahre lang die ganze Regentschaft bereiste und als Mitglied der wissenschaftlichen Commission den zweiten Feldzug nach Konstantinopel mitmachte. Die Resultate dieses Aufenthaltes in Algerien legte er in den „Reisen in der Regentschaft Algier in den Jahren 1836, 1837 und 1838" nieder. Nach seiner Rückkehr ließ er sich in Augsburg nieder, aber schon 1844 und wieder 1850 und 1852 bis 1855 unternahm er mit seinem Freunde Dr. Karl Scherzer (gegenwärtig österreichischer Generalconsul in Genua) neue größere Reisen, über die er in einer Reihe von Werken berichtete. Eine fünfte Forschungsreise, die er im Auftrage des Königs Max von Bayern unternahm, führte ihn nach den Staaten Panama und Ecuador, die er 1857 bis 1859 bereiste. Seit 1860 war er Professor hon. an der Universität und Director des ethnographischen Museums in München. Wagner veröffentlichte u. a. noch „Naturwissenschaftliche Reisen im tropischen Amerika" (1870), „Beiträge zu einer physisch-geographischen Skizze des Isthmus von Panama" und außerdem zahlreiche Abhandlungen in den Berichten der königlich bayerischen Akademie, in Petermann's „Mittheilungen", in der „Allgemeinen Zeitung", im „Ausland" u. s. w. Wagner besaß neben dem Talent, in fesselnder Weise seine Erlebnisse und Beobachtungen dem Publicum vorzuführen, die gründlichsten Kenntnisse auf dem Gebiete der physikalischen Geographie, der Ethnographie, sowie fast aller naturwissenschaftlichen Disciplinen.

SLUB
Wir führen Wissen.